

VON KARL-HEINZ BÜSCHEMANN

Es ist nicht erstaunlich, zu welcher Angst die Deutschen fähig sind? Die reichste Wirtschaftsnation Europas fürchtet den ökonomischen Absturz als Folge des von Russlands Präsidenten angezettelten Ukraine-Krieges. Die Sanktionen gegen Putin, die andere Länder in Europa und die USA engagiert vorantreiben, dürften uns selbst nicht mehr Schaden zufügen als dem russischen Potentaten, orakelt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Als könne ein deutscher Regierungschef dafür sorgen, dass eine Wirtschaftskrise in diesem Land ausbleibt, nur weil er das so will. So kommt es, dass das Mittel des wirtschaftlichen Embargos gegen einen hochgefährlichen Aggressor zum innenpolitischen Dauerstreithema wird, in dem es am Ende gar nicht mehr um Russland geht, sondern nur noch darum, wie viel Prozente von ihrem Sozialprodukt die wohlhabenden Deutschen zu Gunsten einer klaren Linie gegen Putin abzugeben bereit wären.

Sanktionen sind nicht perfekt kalkulierbar. Sie können umgangen werden, wirken manchmal erst mittel- bis langfristig, und manchmal erreichen sie ihr Ziel gar nicht. Sie bergen Risiken. Aber immer haben sie einen Preis. Wer Boykottmaßnahmen erlässt, muss Folgen für die eigene Wirtschaft in Kauf nehmen. Im Kampf gegen Putin wäre es daher eine Überlegung wert, den klassischen Embargo-Gedanken einmal umzudrehen: Die westlichen Länder verweigern Putin nicht mehr nur bestimmte Hochtechnologieprodukte oder Öl- und Gas-Milliarden, um seine Wirtschaft zu schwächen. Sie nehmen ihm etwas weg. Zum Beispiel seine klügsten Köpfe. Ein „Brain Drain“ als Waffe. Ähnlich wie Panzer oder Flugabwehrgeschütze.

Der Westen könnte von den Wissenschaftlern, Ingenieuren oder IT-Fachleuten aus Russland profitieren, die ihr Land verlassen möchten, weil sie mit Putins Politik oder ihrem Leben in Russland unzufrieden sind. Gleichzeitig würde ihre Abwanderung den russischen Präsidenten und seine Wirtschaft schwächen und die Unterstützung für den Krieg schmälern.

### Deutschland ist zurückhaltend, als könne man sich die Finger schmutzig machen

So sieht das Konstantin Sonin, ein russischer Spitzenökonom, der inzwischen in den USA lebt. Die Abwanderung kluger Köpfe bedeute „ohne Zweifel einen langfristigen Schaden“ für Putin und seine Wirtschaft, sagt der 50-jährige Professor. „Die gesamte Welle der jüngsten Auswanderung steht für den produktivsten Teil der russischen Gesellschaft.“ Warum soll der Westen dieses Potenzial nicht für sich nutzen? Zumal ein Land wie Deutschland seit langer Zeit über einen Mangel an Fachkräften klagt, der sogar das Wachstum der eigenen Wirtschaft bedroht. Die Unternehmen und Verbände hätten Sympathien für die Öffnung der deutschen Grenzen für russische Fachkräfte, die trotz einiger Erleichterungen im Einwanderungsrecht faktisch noch immer im Bürokratiestrußp hängen bleiben.

Aber der Westen zieht nicht recht. Auch die Deutschen sind mal wieder schweigend zurückhaltend, als könne man sich die Finger an diesem Thema schmutzig machen. Immerhin hat US-Präsident Joe Biden das Thema aufgegriffen und verspricht Erleichterungen. Aber die Bundesrepublik unternimmt fast nichts, um den deutschen Arbeitsmarkt für akademisch gebildete Russen zu öffnen. Deutschland tut zu Recht alles für die bedrängten Ukrainer, die ihr Land verlassen müssen. Die dürfen in die EU problemlos einreisen, Jobs annehmen, und sie haben größtmögliche Freiheit beim Aufenthaltsrecht. Doch ausreisewillige Russen hat die Bundesregierung offenbar nicht im Blick. Sie werden wie Ausgestoßene behandelt, für die an der EU-Außengrenze eine rote Ampel steht. Auch an den Hochschulen gibt es kaum Interesse, russische Wissenschaftler für sich zu gewinnen. Die Universitäten loben sich lieber selbst für ihre Bemühungen um ukrainische Exilanten. Russen halten sie für nicht wichtig. So muss die deut-

sche Hochschulrektorenkonferenz beklagen, dass es nur „in wenigen Einzelfällen“ Bemühungen um die Einstellung russischer Wissenschaftler gibt.

Der Umgang mit Akademikern aus Russland scheint eine Art Tabuthema zu sein. Das spricht sich herum und sorgt für Verunsicherung. Künstler oder Wissenschaftler fühlen sich häufig dem pauschalen Verdacht ausgesetzt, im engen Schulterschluss mit Moskaus Präsidenten zu stehen und dessen fragwürdige Moral zu unterstützen, nur weil sie einen russischen Pass haben. Dieses Gefühl der Ablehnung habe sich noch verstärkt, so berichtet Insider der deutsch-russischen Wissenschaftsszene, seit gleich nach dem Beginn des Krieges alle deutschen Hochschulen ihre Kooperationen mit russischen Universitäten stoppten. Seitdem sind russische Wissenschaftler wie in einer Putin-Quarantäne isoliert. Viele Russen hätten

jetzt verstärkt die Sorge, in Deutschland auf Vorbehalte zu stoßen, und versuchen gar nicht erst den Weg nach Westen. „Die Tür wurde zugeschlagen“, beklagt ein Vertreter der deutsch-russischen Handelskammer in Berlin.

Im Schock nach dem Ukraine-Überfall hat der Westen offenbar das richtige Maß für angemessenes Handeln verloren. Manche Toleranz, die früher selbstverständlich war, gerät in der Eile der Entrüstung über den russischen Despoten in Vergessenheit. Wer hätte den Jahrhundertkomponisten Sergej Rachmaninoff, der 1918 von Russland nach New York ausgewandert war, für einen Lenin-Versteher gehalten oder Rudolf Nurejew, den in den Siebzigerjahren emigrierten russischen Weltstar des Balletts, für einen Nahesther der Kommunistischen Partei? Einer der ersten Nobelpreisträger für Wirtschaft war 1971 der russischstämmige Simon Kuz-

nets. Ob einer wie er heute in Deutschland willkommen wäre? Die Zahl der russischen Intellektuellen, die in den zurückliegenden 100 Jahren ihr Heimatland verließen und im Westen segensreich wirkten, ist lang. Wen interessiert heute noch, dass die Warner Brothers, die eine Säule Hollywoods wurden, aus Russland stammten?

Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume (CSU) hatte noch im März „einen Exodus“ von Künstlern und Wissenschaftlern aus Russland erwartet und sich gastfreundlich gezeigt. „Unsere Arme sind offen für alle klugen Köpfe, die sich vom System Putin abwenden oder vielleicht sogar fliehen müssen.“ Doch diese Haltung ist im Lande nicht angekommen. Blume selbst scheint es inzwischen auch nicht mehr so freundlich zu meinen. Vorsorglich weisen seine befristeten Öffentlichkeitsarbeiter inzwischen darauf hin, dass dieser Willkommensgruß keineswegs als aktive

Abwerbung von Wissenschaftlern zu verstehen sei. Offenbar gilt in Deutschland gegenüber russischen Exilanten eine besondere Vorsicht: Bloß nichts falsch machen, bloß nicht zu viel Nähe zeigen. Die Angst, den russischen Präsidenten zu verschrecken, scheint ähnlich groß zu sein wie die Sorge, für einen Putin-Sympathisanten gehalten zu werden.

Dabei ist die Zahl der Russen, die ihr Land verlassen wollen, vergleichsweise klein. Präzise Zahlen gibt es nicht. Aber Fachleute weisen darauf hin, dass der Wunsch russischer Akademiker, das Land zu verlassen, wächst, seit sich Putin 2012 für seine dritte Amtszeit hat wählen lassen. In jenem Jahr hätten etwa 12000 Wissenschaftler dem Land den Rücken gekehrt. Im vergangenen Jahr seien es schon 70 000 gewesen. Seit dem Kriegsausbruch sind laut Erkenntnissen der Netz-Plattform Eurasianet bereits 200 000 hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Russland ausgereist. Viele von ihnen gehen allerdings in benachbarte Länder wie Georgien, Armenien oder Kasachstan, weil sie dort weniger Visa-Schwierigkeiten haben als in der EU. Und Putin darf sich freuen, dass die Zahl der ausreisefertigen Akademiker nicht viel größer ist. Dass er die klugen Köpfe gerne im Land halten würde, zeigt er damit, dass er sich ihre Treue etwas kosten lässt, indem er ihnen vergünstigte Hypotheken gewährt oder Steuererleichterungen.

### Es wäre falsch, die russischen Wissenschaftler unter Generalverdacht zu stellen

Die Berührungsangst in Deutschland ist kaum damit zu erklären, dass es wenig Erfahrungen mit russischen Akademikern gäbe. Im Wintersemester 2020/21 gab es in Deutschland mehr als 10 000 Studierende aus Putins Reich, viel mehr als aus der Ukraine. Russen waren in der Zeit vor dem Ukraine-Krieg die zweitgrößte Ausländergruppe unter Studierenden in Deutschland nach den Chinesen. Im Jahr 2019 arbeiteten mehr als 1500 Wissenschaftler aus Russland im deutschen Wissenschaftsbetrieb, darunter 95 Professoren. Sie alle unter den Generalverdacht der Putin-Unterstützung zu stellen, wäre kaum nachvollziehbar.

Es trifft ja zu, dass kürzlich 180 russische Hochschulrektoren einen offenen Brief unterschrieben haben, in dem sie Putins Einmarsch in die Ukraine unterstützen. Aber es ist ebenso ein Faktum, dass gerade 8000 russische Wissenschaftler in einem offenen Brief die Invasion verurteilten. Dieser Brief hat Putins Zensoren so erschüttert, dass sie ihn einige Tage aus dem Internet verschwinden ließen. Zweifler könnten mit einiger Berechtigung einwenden, es sei nicht vertretbar, ein Land durch die Abwerbung seiner besten Köpfe zu schwächen, nur weil sein diktatorischer Präsident einen Krieg angezettelt hat. Ebenso berechtigt ist aber auch die Frage, ob man die Brutalität des Kreml-Herren noch belohnt, indem man die Einstellung russischer Wissenschaftler ablehnt, weil Russland sie in der Zeit nach dem heutigen Diktator selbst bitter nötig hat.

Den roten Teppich für russische Akademiker auszurollen ist kein Racheakt gegenüber Putin, der praktischerweise auch noch den eigenen Interessen dient. Er wäre zunächst eine Geste der Solidarität gegenüber den Menschen, die von Putin die Nase voll haben und im Westen die Chance suchen, ein halbwegs normales Leben in ihren Berufen zu führen. Sie verdienen den Beistand der Industrieländer wie andere Flüchtlinge.

Was diese Menschen am Ende tun, ob sie im Ausland bleiben oder eines fernen Tages in ihr Heimatland zurückkehren, ist ihnen selbst überlassen. Die Bundesregierung täte aber gut daran, den exilwilligen Russen die Türen zu öffnen und für sie eine Willkommenskultur zu fördern. Aus Angst, den unberechenbaren Moskauer Diktator zu verschrecken, gar nichts zu tun, wäre ein ebenso großer Fehler.

Auf keinen Fall hat der Westen, der selbst von Putin offen bedroht wird, die moralische Pflicht, den russischen Präsidenten vor den Folgen seiner Fehler zu bewahren.

### KURZ GEMELDET

#### Tariflohn steigt

**Berlin** – Bei den Tarifverhandlungen für das Gebäudereiniger-Handwerk gibt es für die rund 700 000 Beschäftigten eine Einigung. Wie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilte, soll der Einstiegsverdienst zum Oktober von derzeit 11,55 Euro auf 13 Euro die Stunde und damit um knapp 13 Prozent steigen. Zudem sollen die Verdienste in allen Lohngruppen um einen Euro pro Stunde angehoben werden, gefolgt von einem weiteren Plus im Januar. Der unterste Stundenlohn betrage dann 13,50 Euro. „Jetzt ist es gelungen, weiterhin einen deutlichen Abstand zum gesetzlichen Minimum zu haben“, erklärte Ulrike Laux, Bundesvorstandsmitglied der IG BAU. Dies sei eine wichtige Anerkennung für „die unverzichtbare Arbeit der Beschäftigten“. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024. Die Tarifkommissionen beider Parteien müssen der Einigung noch zustimmen. **REUTERS**

#### Rabatt für Flüssiggasimport

**Düsseldorf** – Die Bundesnetzagentur will mit einem Rabatt den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) in Deutschland fördern. Im Interesse der Versorgungssicherheit würden die Entgelte um 40 Prozent reduziert, die für die Einspeisung von Gas aus einem LNG-Terminal in das Fernleitungsnetz zu zahlen sind. Das teilte die Bundesnetzagentur mit. Damit solle das Ziel der Bundesregierung unterstützt werden, kurzfristig LNG-Terminals aufzubauen, um den Import von Pipelinegas aus Russland zu verringern. Bereits bis Ende dieses Jahres könnten schwimmende Anlagen an der deutschen Küste in Betrieb gehen. Wie die Netzbetreiber SH Netz und Gasunie verkündeten, soll auch der Hafen Brunsbüttel bis Ende 2022 eine Anbindung an das deutsche Gasnetz erhalten, um die LNG-Einspeisung zu ermöglichen. **REUTERS**

#### Längere Arbeitstage

**Berlin** – In der Diskussion um langfristig sinkende Einkünfte der Rentenversicherung hat sich Wirtschaftsforscher Michael Hüther für eine 42-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit ausgesprochen. Die häufig diskutierte Heraufsetzung des Renteneintrittsalters hält der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) dagegen für politisch schwer umsetzbar, wie er der *Funke-Mediengruppe* sagte. „Es braucht die 42-Stunden-Woche. Die Stunden werden natürlich bezahlt – es geht nicht darum, durch die Hintertür am Lohn zu kürzen“, erklärte er. In der Schweiz werde pro Woche bereits zwei Stunden mehr gearbeitet als in Deutschland, in Schweden immerhin eine Stunde mehr. „Wenn man das aufsummiert, dann würde man bis 2030 den demografisch bedingten Verlust an Arbeitsvolumen kompensieren.“ **DPA**

#### Exporte steigen stark

**Berlin** – Die deutschen Exporte sind im April überraschend stark gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat wuchsen sie um 4,4 Prozent auf 126,4 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Grund sind vor allem gut laufende Geschäfte mit den USA und den Euro-Ländern. Die deutschen Ausfuhren nach Russland dagegen sanken im April wegen der Sanktionen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und Maßnahmen zur Exportbeschränkung um zehn Prozent auf 0,8 Milliarden Euro, nachdem sie im März sogar um mehr als 60 Prozent eingebrochen waren. Die Importe aus Russland gaben sogar um 16,4 Prozent auf 3,7 Milliarden Euro nach. Deutschland importiert von dort vor allem Öl und Erdgas. Exporte nach China fielen um 4,5 Prozent, die strengen Corona-Maßnahmen dort behindern den globalen Handel. **REUTERS**

### ESSAY

# BRAIN DRAIN ALS WAFFE GEGEN PUTIN

Bei den Sanktionen gegen Russland wird eine Option zu wenig diskutiert: Wissenschaftlern und Fachkräften den Weg nach Deutschland zu erleichtern. Dabei könnte das Putins Regime nicht nur nachhaltig schwächen, sondern auch der deutschen Wirtschaft helfen

## Sinn. Wozu das alles?

In Politik und Wirtschaft, in Kultur und Gesellschaft, in Medien und Unternehmen – überall stellt sich die Frage nach dem Wozu. Journalistinnen und Journalisten von Süddeutscher Zeitung und Frankfurter Allgemeine betrachten dieses spannende Thema in der zweiten Ausgabe von REPUBLIC MEDIA aus unterschiedlichen Perspektiven. Wie REPUBLIC als der gemeinsame Werbevermarkter der beiden Qualitätsmedien individuelle Kommunikationslösungen für renommierte Marken entwickelt, entdecken Sie ebenfalls im Magazin.

Erfahren Sie jetzt mehr

→ [www.republic.de/republicmedia](http://www.republic.de/republicmedia)



**JETZT BESTELLEN ODER DIGITAL LESEN**

**REPUBLIC**  
Frankfurter Allgemeine | Süddeutsche Zeitung